Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rote Frauenwelt / Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur werktags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 25 241. Postscheckkonto: Dresden 15 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 28. Oktober 1930 — Nummer 252

Sammelt für Berlin!
Berlin muß siegen!

Reformistischer Sprengungsversuch zur Zerstörung der Metallarbeiterstreikfront

Oppositionelle Ortsverwaltung des DMV Limbach abgesetzt / Das Kampfbündnis Berlin-Sachsen soll verhindert werden / Arbeiter ganz Sachsens, heraus zum Protest! / Einheitsfront gegen die verbrecherischen Spalter der Arbeiterbewegung!

Chemnitz, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Montag, dem 27. Oktober, hat die Bezirksleitung des DMV im Auftrag des Hauptvorstandes die oppositionelle Ortsverwaltung diktatorisch abgesetzt. Der bevollmächtigte Kollege Stange ist fristlos entlassen. Ein Sozialdemokrat aus Leipzig ist als Kommissar über die Limbacher Metallarbeiter eingesetzt worden. Das Verbandsvermögen, Inventar, die Büromöbel usw. wurden beschlagnahmt.

•

Dresden, den 28. Oktober.

So sieht die „praktische Solidarität" der Bürokratie mit dem kämpfenden Berlin aus. Die Limbacher oppositionelle Ortsverwaltung des DMV war von Anfang des Berliner Streiks an bemüht, die Metallarbeiter in den Kampf zu führen. Ein zweistündiger Proteststreik der Limbacher Arbeiter demonstrierte die aktive Solidarität mit Berlin und war ein Appell an die sächsischen Metallarbeiter, dem auch ihnen drohenden Schandschiedsspruch durch die Organisierung der Streikfront zu begegnen. Die Bürokratie hat geantwortet.

Statt Mobilisierung der Massen zum Kampf Zersplitterung der proletarischen Klassenfront, versuchte Schwächung eines Zentrums der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Hat die Berliner DMV-Bürokratie sich unter dem Massendruck und den Schlägen der RGO nur an die Spitze des Kampfes gestellt, um ihn „umzubiegen", abzuwürgen, so versucht die sächsische Bürokratie mit den Methoden des offenen Terrors die Kampffront der sächsischen Metallarbeiter zu zersplittern, noch ehe es zum Kampfausbruch gekommen ist.

Es entspricht den Abmachungen der reformistischen Führer mit der Brüning-Regierung, nicht nur den Berliner Streik so schnell wie möglich mit einer Niederlage für die Metallarbeiter zu beenden, sondern auch eine Verbreiterung der Streikfront auf Sachsen mit allen Mitteln zu verhindern.

Während die Severing und Fleißner mit verschärftem Polizeiterror die Geschäfte der Brüning-Diktatur und der kapitalistischen Lohnräuber besorgen, läßt die Gewerkschaftsbürokratie alle Minen springen, den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen Lohnraub und Sozialreaktion durch Zerschlagung der proletarischen Einheitsfront und ihrer Organisationen unmöglich zu machen.

Es ist eine Linie vom 18. Oktober über Severings Ernennung, über das Verbot der Sächsischen Arbeiterzeitung bis zu dem Schandstreich der reformistischen Spalter in Limbach.

Auch die sozialdemokratischen Arbeiter dürften diese Zusammenhänge erkennen und die Konsequenzen ziehen.

Metallarbeiter Limbachs und ganz Sachsens! Arbeiter aller Industriegruppen! Macht das Attentat der Bürokratie zu schanden! Stoßt vor in allen gewerkschaftlichen Organisationen! Stellt euch geschlossen hinter die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Pariert den Stoß der Bürokratie, der der Lohnabbauoffensive der sächsischen Industriellen den Weg bereiten soll, mit der Organisierung und Aufrollung der Streikfront! Laßt eure Kampffront nicht von jenen spalten, die der Brüning-Diktatur das Vertrauen aussprachen und jetzt deren Geschäfte besorgen! Beweist eure Geschlossenheit unter Führung der KPD und der RGO!

Streikabstimmung der Leipziger Straßenbahner

Leipzig, den 28. Oktober.

Gestern abend nahm eine von 1400 Straßenbahnern Leipzigs besuchte Versammlung eine Protestresolution gegen das Verbot der Sächsischen Arbeiter-Zeitung an und wählte eine Delegation, die die Forderung der sofortigen Aufhebung des Verbots heute auf dem Polizeipräsidium Fleißner überbringen soll.

Weiter wurde gegen nur 3 Stimmen eine Entschließung angenommen, eine Urabstimmung über Streik gegen die beabsichtigte Entlassung von 300 Straßenbahnern sofort durchzuführen.

Im Auftrag Brünings und Hugenbergs

Attentat auf eure Presse!

SPD-Fleißner verbietet unser Leipziger Parteiorgan, weil es Arbeiterkampf gegen die braune Mordpest verteidigt

Leipzig, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurde die „Sächsische Arbeiterzeitung", unser Parteiorgan für Westsachsen, durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner mit folgender Verfügung verboten:

Leipzig, am 27. Oktober 1930.

An die
Redaktion der SAZ, Leipzig.

Auf Grund des § 5 Ziffer 4 und 13 des Republikschutzgesetzes wird die SAZ auf die Dauer von zwei Wochen, vom 28. Oktober bis 10. November, hiermit verboten, weil sie in Nummer 251 vom 27. Oktober 1930 auf der ersten Seite und im lokalen Teil die Gewalttätigkeiten, die am 26. Oktober dieses Jahres in der Otto-Schmidt-Straße in Leipzig-Leutzsch verübt worden sind, ausdrücklich billigt. Dieses Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt. Gegen dieses Verbot ist binnen zwei Wochen Beschwerde zulässig. Diese hat keine aufschiebende Wirkung. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden nach § 14 des Republikschutzgesetzes bestraft.

Polizeipräsidium, Abtlg. IV.
Stempel, Unterschrift.

Der Anlaß zu diesem Verbot war eine sachliche Schilderung des mißglückten Naziaufmarsches vergangenen Sonntag im

2000 Dresdner Arbeiter antworten den Agenten der Brüning-Diktatur

Ueberfüllte Kundgebung im Kristallpalast / 61 Mark für Berlin gesammelt / Weitere Eintritte in den Kampfbund gegen den Faschismus / Genosse Leow begeistert begrüßt

Dresden, 28. Oktober.

Gestern abend fand im Kristallpalast eine überfüllte Kundgebung des Dresdner Proletariats statt, die vor allem von vielen Arbeiterfrauen besucht war. Glänzende Kampfstimmung beherrschte die Versammlung, in der die Roten Raketen und Arbeiterkapellen, immer wieder vom Beifall der Anwesenden unterbrochen, mitwirkten. Einen ungeheuren Beifallssturm löste der

Aufmarsch von etwa 50 uniformierten Roten Frontkämpfern

kurz nach Beginn der Kundgebung aus. Das Referat hielt der Genosse Willy Leow, M. d. R. Er zeigte den immer schärferen Angriff der Bourgeoisie auf die elementarsten Lebensinteressen der Werktätigen auf, der begleitet ist von einem immer schärferen politischen Kurs. Aber alle Maßnahmen, alle Verbote, alle Terrorurteile der herrschenden Klasse in der kapitalistischen Welt vermochten nicht den Vormarsch der revolutionären Front aufzuhalten. Die Streikkämpfe nehmen zu und immer stürmischer wachsen die Organisationen des klassenbewußten Proletariats. Die letzten politischen Ereignisse, der Betrug der SPD-Führer und der Nazis an ihren Wählermassen beweisen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Ein Empörungssturm

ging durch die Versammelten, als die Verhaftung der Chemnitzer Jungarbeiter durch das Dresdner Polizeipräsidium, die als Stoßbrigade für die revolutionäre Klassenfront in Dresden tätig waren, bekanntgemacht wurde. Die Versammelten antworteten auf diesen jüngsten Streich der Reaktion mit

zahlreichen Eintritten zum Antifaschistischen Kampfbund

und außerdem brachten die Arbeiter für die kämpfenden Berliner Metallarbeiter 61 Mark durch eine Sammlung auf. Eine Entschließung fand einstimmige Annahme.

Stoßbrigade verhaftet!

Brüning-Kurs im Dresdner Polizeipräsidium

Dresden, den 28. Oktober.

Gestern mittag wurde in Dresden die Chemnitzer Sturmbrigade verhaftet. Die Sturmbrigade hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Dresdner Arbeiterviertel und die Betriebe zu bearbeiten, zu werben für die Kommunistische Partei, die Arbeiterstimme, den Jugendverband, den Antifaschistischen Kampfbund und die RGO. Der Vorwand ist die Behauptung des Polizeipräsidiums, diese jungen Arbeiter sollen Mitglieder des verbotenen RFB sein.

Die Kommunistische Partei und unser Jugendverband organisieren diese Stoßtrupps als ein besonderes Mittel spezieller Agitation unter den Massen. Diese „Spezialisten" haben in ihrer Tätigkeit große Erfolge gehabt. Deswegen die Verhaftung. Die Bourgeoisie zittert um ihren Profit. Die Massen aber sind erwacht und werden auf diese willkürliche Verhaftung ihrer Funktionäre antworten mit der massenhaften Bildung von Stoßtrupps. An jeder Stempelstelle, in jedem Betrieb, in allen Zellen und Massenorganisationen muß jetzt die Losung sein:

Schaffen wir neue Stoßbrigaden als Antwort auf den Schlag der Bourgeoisie gegen uns. Statt einer müssen hunderte Sturmbrigaden organisiert werden zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats für die proletarische Revolution.

Heute: Heraus zum Protest!

gegen Brüning-Kurs, -Terror und Spaltungsversuch! 18,30 Uhr Stellen zur Demonstration auf dem Dorfplatz Löbtau, 19,30 Uhr Kundgebung im Bürgergarten.